Deutscher Bundestag **Drucksache 16/6091**

16. Wahlperiode 19. 07. 2007

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Bodo Ramelow, Dr. Gesine Lötzsch, Dr. Dietmar Bartsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/5873 –

Bestandsaufnahme der Personal- und Kostenentwicklung im öffentlichen Dienst des Bundes im Vergleich zu Ländern und Kommunen

Vorbemerkung der Fragesteller

Der öffentliche Dienst unterliegt seit Jahren gravierenden Rationalisierungsprozessen. Zugleich tragen die Beschäftigten die Hauptlast der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, die vor allem in Arbeitsverdichtung infolge des Wegfalls von Stellen entsteht. Die wachsenden Anforderungen an den öffentlichen Dienst stehen häufig in einem Widerspruch zu der Forderung, dass nur eine einschneidende Reduzierung der Beschäftigtenzahlen des öffentlichen Dienstes zu einer nachhaltigen Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Verwaltung beitragen kann. Eine Bestandsaufnahme der tatsächlichen Personalentwicklung kann zur Versachlichung der Diskussion beitragen.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Der öffentliche Dienst hat in den letzten Jahren seinen Beitrag zur Konsolidierung des Bundeshaushaltes geleistet. Auch der Koalitionsvertrag vom 11. November 2005 sieht vor, dass die öffentliche Verwaltung den ihr möglichen Solidarbeitrag zur Konsolidierung des Bundeshaushaltes erbringt. So wurde z. B. die im Koalitionsvertrag vorgegebene Reduzierung der Verwaltungsausgaben um jährlich 1 Mrd. Euro durch die Halbierung des Weihnachtsgeldes für Beamte und Versorgungsempfänger sowie durch Einsparungen bei sächlichen Verwaltungsausgaben und Zuwendungsempfängern umgesetzt.

Um den steigenden Erwartungen von Bürgern und Unternehmen an Qualität und Schnelligkeit öffentlicher Leistungen besser gerecht zu werden, hat die Bundesregierung das Programm „Zukunftsorientierte Verwaltung durch Innovationen“ einschließlich des Programms „E-Government 2.0“ und den Umsetzungsplan 2007 mit 57 Projekten zur Modernisierung der Bundesverwaltung beschlossen. Dazu gehören insbesondere die Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologie, ein vorausschauendes und motivierendes Perso-

---

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums des Innern vom 17. Juli 2007 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

nalmanagement, attraktive Beschäftigungsbedingungen (wie z. B. flexible Arbeitszeitmodelle, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, leistungsorientierte Bezahlung und nicht zuletzt Sicherheit des Arbeitsplatzes), ergebnisorientierte strategische Steuerung der Verwaltungsprozesse, Projekt- und Qualitätsmanagement, prozessorientierte Verwaltungsorganisation, Bündelung und Standardisierung interner Dienstleistungen in Dienstleistungszentren und weitere Maßnahmen. Auf diese Weise werden Effektivität und Effizienz der Bundesverwaltung stetig verbessert, so dass die Leistungen der Verwaltung mit weniger Personal in höherer Qualität erfüllt werden können. Nicht eine allgemeine Arbeitsverdichtung zu Lasten der Beschäftigten, sondern innovative Lösungen erhöhen die Produktivität der Verwaltung, tragen zur Haushaltskonsolidierung bei und eröffnen zugleich Entwicklungs- und Einkommensperspektiven für die Beschäftigten.

Bei der Beantwortung der Fragen wurden Bundeseisenbahnvermögen und Postnachfolgeunternehmen nicht einbezogen.

1. Wie hat sich der Stellenbestand des Bundes (ohne Bundeswehr) einschließlich der nachgeordneten Einrichtungen jeweils in den Jahren 1999 bis 2006 entwickelt?

Die im Bundeshaushalt ausgewiesenen Stellen und Planstellen (ohne Planstellen für Soldatinnen und Soldaten) haben sich von 1999 bis 2006 wie folgt entwickelt:

Haushaltsjahr	Gesamt
1999	310 353
2000	307 181
2001	303 798
2002	301 008
2003	292 179
2004	291 928
2005	282 085
2006	275 850

Quelle: Teil V Personalübersicht zum jährlichen Haushaltsgesetz

2. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die Entwicklung des Stellenbestandes der einzelnen Bundesländer (einschließlich der jeweiligen Kommunalverwaltung) in den Jahren 1999 und 2006 auf der Basis der jeweiligen mittelfristigen Finanzplanungen der Länder vor (bitte Angaben zu Ländern einzeln auflisten)?

Hierzu liegen der Bundesregierung keine Informationen vor. Das Statistische Bundesamt veröffentlicht jährlich statistische Daten zu den Personalständen der öffentlichen Arbeitgeber (Fachserie 14 Reihe 6, Finanzen und Steuern/Personal des öffentlichen Dienstes). Die Ergebnisse der Erhebung für das Jahr 2006 stehen noch nicht zur Verfügung. Für die Jahre 1999 und 2005 weist das Statistische Bundesamt folgende Beschäftigtenzahlen aus:

	Beschäftigte[1]			
	Land		Gemeinde	
	1999	2005	1999	2005
Baden-Württemberg	280.738	253.810	212.971	208.447
Bayern	306.921	308.364	259.643	204.009
Berlin	224.990	140.202	-	-
Brandenburg	72.943	66.544	59.749	42.035
Bremen	33.783	28.525	-	-
Hamburg	80.289	68.189	-	-
Hessen	159.354	129.609	124.299	110.745
Mecklenburg-Vorpommern	56.709	48.666	38.931	28.326
Niedersachsen	207.441	194.271	154.547	117.529
Nordrhein-Westfalen	413.509	397.636	322.498	290.728
Rheinland-Pfalz	94.080	96.548	62.365	59.982
Saarland	29.550	29.831	13.909	13.376
Sachsen	128.532	112.112	110.495	74.399
Sachsen-Anhalt	85.505	73.178	74.857	53.439
Schleswig-Holstein	61.959	61.590	51.059	39.987
Thüringen	77.406	67.777	51.998	34.793
Insgesamt	2.313.709	2.076.852	1.537.321	1.277.795

[1] Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 14 Reihe 6 für die Jahre 1999 und 2005

3. Wie wird sich der Stellenbestand des Bundes (ohne Bundeswehr) einschließlich der nachgeordneten Einrichtungen jeweils ab 2007 bis 2011 auf der Basis der vorliegenden mittelfristigen Finanzplanung entwickeln?

   a) Wie viele Bedienstete sollen jeweils gemäß mittelfristiger Finanzplanung ausscheiden?

   b) Wie viele Stellen sollen jeweils gemäß mittelfristiger Finanzplanung neu besetzt werden (Neueinstellungskorridor)?

Die mittelfristige Finanzplanung umfasst die Sachausgaben, nicht den Personalhaushalt. Wie viele Bedienstete bis 2011 ausscheiden, ist maßgeblich von der Altersstruktur in der jeweiligen Behörde abhängig. Wie viele der aus diesem Grund oder anderen Gründen frei werdenden Stellen neu besetzt werden, liegt nach Artikel 65 GG in der Bewirtschaftungshoheit des einzelnen Ressorts. Dabei sind die jeweiligen haushaltsgesetzlichen Stelleneinsparungen und gegebenenfalls im Haushalt ausgebrachte kw-Vermerke (kw – künftig wegfallend) zu berücksichtigen.

4. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die Entwicklung der Personalfluktuation bzw. der Neueinstellungen im öffentlichen Dienst (unmittelbarer Landesdienst) der einzelnen Bundesländer für den Zeitraum 1999 bis 2006 vor (bitte Angaben zu Ländern einzeln auflisten)?

Hierzu liegen der Bundesregierung keine Informationen vor. Im Rahmen der Personalstandstatistik werden nur Bestandszahlen zum Stichtag 30. Juni erfragt.

5. Wie haben sich die Personalausgaben des Bundes (Gehälter, Versorgung, Honorar, Ausbildungsvergütungen usw.) einschließlich der nachgeordneten Einrichtungen in den Jahren 1999 bis 2006 entwickelt?

Die Personalausgaben des Bundes (einschließlich militärischer Bereich), d. h. Bezüge, Vergütungen, Löhne, Versorgungsbezüge, Beihilfen und sonstige personalbezogene Ausgaben, haben sich seit 1999 wie folgt entwickelt:

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
	Ist-Ausgaben in Mrd. Euro							
Personalausgaben	27,0	26,5	26,8	27,0	27,2	26,8	26,4	26,1

Quelle: Monatsberichte des BMF

6. Wie haben sich die Versorgungsausgaben des Bundes der nachgeordneten Einrichtungen in den Jahren 1999 bis 2006 entwickelt?

Bei der Erfassung der Versorgungsausgaben (nur Versorgungsbezüge, ohne Beihilfe für Versorgungsempfänger) erfolgt keine Unterscheidung zwischen obersten Bundesbehörden und ihrem nachgeordneten Bereich. Versorgungsausgaben für den nachgeordneten Bereich können daher nicht gesondert benannt werden. Die Entwicklung der Versorgungsausgaben für den Bund insgesamt (einschließlich Soldatinnen und Soldaten) ergibt sich aus nachfolgender Tabelle:

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
	Ist-Ausgaben in Mrd. Euro							
Versorgungsausgaben	5,6	5,6	5,6	5,7	5,8	5,6	5,7	5,6

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 14 Reihe 3.1 und Fachserie 14 Reihe 2

7. Wie haben sich die Ausgaben pro Stelle (einschließlich Versorgungsausgaben) des Bundes einschließlich der nachgeordneten Einrichtungen jeweils in den Jahren 1999 bis 2006 entwickelt?

Die rein rechnerisch durchschnittlichen Ausgaben pro Stelle im Stellenbestand des Bundeshaushalts ohne Versorgungsausgaben sind der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen. Die Angaben beziehen sich nicht auf die tatsächlich Beschäftigten, da die im Sollbestand quantifizierten Stellen – ganzjährig oder im Jahresverlauf – unbesetzt oder mit mehreren Teilzeitbeschäftigten besetzt sein können.

Die im Bundeshaushalt ausgewiesenen Versorgungsausgaben beziehen sich auf Personen, die aktuell Versorgungsleistungen beziehen; für aktive Beschäftigte sind keine Versorgungsausgaben veranschlagt. Eine Zuordnung der Versorgungsausgaben zu den im Bundeshaushalt ausgebrachten Stellen für aktive Beschäftigte erscheint insofern nicht sachgerecht. Daher wurden in der vorstehenden Tabelle den im Bundeshaushalt ausgewiesenen Planstellen und Stellen die verausgabten Personalausgaben der aktiven Beschäftigten gegenübergestellt. Gemeinkosten (Verwaltung, Raumkosten etc.) wurden nicht berücksichtigt.

Haushaltsjahr	Stellenbestand (Soll)	Personalausgaben (Ist Hauptgruppe 4 ohne Versorgungsausgaben) in T€	Ausgaben pro Stelle in T€
1999 (ohne militärischer Bereich)	513 522 (310 353)	20 730 723 (13 497 141)	40 (43)
2000 (ohne militärischer Bereich	507 963 (307 181)	20 300 267 (13 275 378)	40 (43)
2001 (ohne militärischer Bereich)	504 541 (303 798)	20 503 573 (13 324 189)	41 (44)
2002 (ohne militärischer Bereich)	501 595 (301 008)	20 587 918 (13 346 315)	41 (44)
2003 (ohne militärischer Bereich)	492 811 (292 179)	20 740 635 (13 384 408)	42 (46)
2004 (ohne militärischer Bereich)	492 561 (291 928)	20 383 915 (13 349 987)	41 (46)
2005 (ohne militärischer Bereich)	482 607 (282 085)	19 913 586 (13 038 692)	41 (46)
2006 (ohne militärischer Bereich)	476 427 (275 850)	19 745 706 (13 014 030)	41 (47)

Quelle: Teil V Personalübersicht zum jährlichen Haushaltsgesetz

8. Wie haben sich die Personalausgabenquoten und die Versorgungsausgabenquoten des Bundes und der Länder in den Jahren 1995 bis 2006 entwickelt?

Die Personalausgabenquoten und die Versorgungsausgabenquoten des Bundes (einschließlich militärischer Bereich) und der Länder (ohne Gemeinden und kommunale Zweckverbände) haben sich seit 1995 wie folgt entwickelt:

Personalausgabenquoten

in Prozent der Ausgaben insgesamt

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Bund	11,4	11,6	11,9	11,4	10,9	10,8	11,0	10,8	10,6	10,7	10,2	10,0
Länder	39,2	38,9	39,4	37,6	37,9	37,6	37,0	37,7	37,5	38,0	37,2	36,5

Versorgungsausgabenquoten

in Prozent der Ausgaben insgesamt

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Bund	2,4	2,4	2,4	2,4	2,3	2,3	2,3	2,3	2,3	2,2	2,2	2,1
Länder	4,9	4,9	5,1	5,6	5,8	6,0	6,2	6,5	6,5	6,8	6,9	7,2

Quelle: Monatsberichte des BMF; Statistisches Bundesamt, Fachserie 14 Reihe 3.1 und Fachserie 14 Reihe 2

9. Wie fällt die Personalausgabenentwicklung des Bundes im Vergleich zu der der einzelnen Bundesländern unter der Berücksichtigung folgender Positionen für den Zeitraum 1999 bis 2006 aus: Ausgaben für Besoldungen, Löhne, Gehälter; Versorgungsausgaben; Beihilfen; sonstige Personalausgaben?

Die Entwicklung der Personalausgaben des Bundes (einschließlich militärischer Bereich) im Vergleich zu den einzelnen Bundesländern (ohne Gemeinden und Zweckverbände) ist in der nachfolgenden Tabelle abgebildet. Dabei können Umstellungen in der Systematik sowie Ausgliederungen aus den öffentlichen Haushalten die Vergleichbarkeit der Berichtsjahre und der Länderhaushalte beeinflussen.

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
	Ist-Ausgaben in Mrd. Euro							
Bund	27,0	26,5	26,8	27,0	27,2	26,8	26,4	26,1
Baden-Württemberg	11,8	11,9	12,3	12,7	12,8	13,1	12,8	13,0
Bayern	13,0	13,3	13,6	14,0	14,4	14,5	14,8	15,1
Brandenburg	2,5	2,4	2,4	2,4	2,4	2,2	2,1	2,0
Berlin	7,9	8,0	8,0	8,1	7,8	7,6	6,6	6,3
Bremen	1,5	1,5	1,5	1,5	1,4	1,4	1,3	1,3
Hamburg	3,2	3,2	3,3	3,4	3,4	3,4	3,4	3,3
Hessen	7,0	7,0	6,5	6,8	6,7	6,9	6,8	7,0
Mecklenburg-Vorpommern	1,9	1,9	1,9	1,9	1,9	1,9	1,8	1,6
Niedersachsen	8,5	8,5	8,1	8,5	8,6	8,7	8,4	8,5
Nordrhein-Westfalen	18,6	19,0	19,2	19,9	19,6	19,9	20,3	18,6
Rheinland-Pfalz	4,5	4,6	4,7	4,6	4,7	4,8	4,7	4,7
Saarland	1,3	1,3	1,3	1,4	1,4	1,3	1,3	1,2
Sachsen	4,0	4,1	4,1	4,2	4,3	4,2	4,2	4,1
Sachsen-Anhalt	2,8	2,8	2,8	2,8	2,7	2,8	2,3	2,3
Schleswig-Holstein	3,0	3,0	3,1	3,2	3,2	3,3	3,3	3,1
Thüringen	2,4	2,4	2,5	2,5	2,5	2,5	2,4	2,4

Quelle: Monatsberichte des BMF; Statistisches Bundesamt, Fachserie 14 Reihe 3.1 und Fachserie 14 Reihe 2

10. Wie hat sich der Altersdurchschnitt und der Krankenstand des Personals des Bundes einschließlich der nachgeordneten Einrichtungen in den Jahren 1999 bis 2006 entwickelt?

Die Entwicklung des Durchschnittsalters der Beschäftigten des Bundes von 1999 bis 2006 ist der folgenden Tabelle zu entnehmen. Die Angaben beziehen sich auf den gesamten Bundesdienst einschließlich der mittelbaren Bundesverwaltung.

Durchschnittsalter der Beschäftigten des Bundes 1999 bis 2006

	Insgesamt	Ohne Soldaten
1999	38,6	41,6
2000	38,9	41,9
2001	39,1	42,2
2002	39,3	42,4
2003	39,5	42,7
2004	39,7	43,0
2005	39,9	43,0
2006*)	40,1	43,2

*) vorläufige Ergebnisse

Angaben zur Krankenstandsentwicklung liegen nur für die unmittelbare Bundesverwaltung (oberste Bundesbehörden einschließlich Geschäftsbereiche; ohne Soldatinnen und Soldaten) vor; die entsprechenden Erhebungszahlen für das Jahr 2006 werden gegenwärtig ausgewertet.

Die folgende Tabelle zeigt die Krankenstandsentwicklung in der unmittelbaren Bundesverwaltung in den Jahren 1999 bis 2005.

Krankenstand in der unmittelbaren Bundesverwaltung 1999 bis 2005

	Krankheitsquote* in Prozent
1999	6,75
2000	6,68
2001	6,53
2002	6,46
2003	6,27
2004	6,20
2005	6,35

* Die Quote ergibt sich aus der Relation von Fehltagen zu Arbeitstagen.



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333